

4. Wirtschaftliche Dimension der russischen Außen- und Sicherheitspolitik

4.1. Optionen der zaristischen und sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik und ihr Preis

Der Zwang zu wirtschaftlichen Modernisierungsreformen der 1860-70er Jahre im rückständigen Russland entstand aus der Notwendigkeit zur Integration des Staates in den Verlauf der europäischen industriellen Entwicklungsprozesse. Schon zur 20. Jahrhundertwende gelang es Russland, sich nach Industrieproduktion mit Staaten des mittleren Niveaus der kapitalistischen Entwicklung einzureihen, doch es blieb nach Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner weit hinter den entwickelten Staaten zurück. Vor dem ersten Weltkrieg belegte Russland nach absoluten Größen seiner Industrieproduktion den 5. Platz weltweit. Sein Anteil an der Gesamtproduktion der führenden Industriestaaten der Welt betrug nur 4,2%.¹ Nach der Verfügbarkeit über das Finanzkapital war es weit hinter den „vier Großen“, England, den USA, Frankreich und Deutschland. Die Antwort auf die Frage: Was ließ das finanziell rückständige und wirtschaftlich unterentwickelte Russland in eine wichtige Position in der weltpolitischen Konstellation aufrücken? – ist für Historiker unbestritten eindeutig: Die quantitative Stärke der zaristischen Armee, die schon seit Ende des 19. Jahrhunderts als das weltgrößte stehende Heer galt.² (siehe Tabelle 1) Daher wird die Außenpolitik des zaristischen Russland von einigen Beobachtern als „hochmilitarisiert“ bezeichnet.³

¹ Über die wirtschaftliche Situation des zaristischen Russland siehe: Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt/Main: Fischer, 1994, S. 354-368; P. R. Gregory/R.C. Stuart: Russian and Soviet Economic Structure and Performance, Reading: Addison-Wesley, 1998.

² Vgl. dazu Hannes Adomeit: Macht als Instrument sowjetischer Außenpolitik: Überholt? Unbrauchbar? Unentbehrlich?, in: Hannes Adomeit/Hans-Hermann Höhmann/Günther Wagenlehner (Hg.): Die Sowjetunion als Militärmacht, Stuttgart: Kohlhammer, 1987, S. 200-235, insbes. S. 210; V. A. Emez/A.V. Ignatév/Ju. F. Subbotin: Rossija na mirovoj arene na rubeže stoletij, in: V. A. Emez u. a. (Hg.): Istorija vnešnej politiki Rossii, Konec XIX-Načalo XX veka, Moskva: Meždunarodnye otnošenija, 1999, S. 9-49.

³ Z. B. Andreij A. Kokošin: Armija i politika. Sovetskaja voenno-političeskaja i voenno-strategičeskaja mysl', 1918-1991, Moskva: Meždunarodnye otnošenija, 1995, S. 7f.

Tabelle 1: Truppen- und Flottenstärke der Mächte 1816-1914

	1816	1830	1860	1880	1890	1900	1910	1914
Rußland	800000	826000	862000	791000	677 000	1162000	1285000	1325000
Frankreich	132000	259000	608000	543000	542 000	715000	769 000	910000
Preußen/ Deutschland	130000	130000	201000	426000	504 000	524000	694000	891000
Großbri- tannien	255000	140000	347000	376000	420000	624000	571000	532000
Vereinigte Staaten	16000	11000	26000	34000	39000	96000	127000	164000

Quelle: Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt/Main: Fischer, 1994, S. 244, 313.

Die zaristische Regierung, die nicht immer alle nötigen Ressourcen für die Lösung schwieriger sozialer und wirtschaftlicher Probleme des Landes bereit stellte, subventionierte die Streitkräfte mit hohen Assignationen. Der Unterhalt der Armee und der Flotte auf einem mit den Land- und Meergrößmächten konkurrenzfähigen Niveau stellte für die ohnehin schwache Volkswirtschaft eine Belastung dar. Für den erfolgreichen Wettbewerb reichten dem zaristischen Russland - trotz beschleunigten Ausbaus moderner industrielle kapitalistischer Strukturen - Finanzmittel und Industriekapazitäten nicht. Der Industrialisierungsprozess blieb im Vergleich zu anderen europäischen Staaten geschwächt. (siehe Tabelle 2) Der Außenpolitik des zaristischen Russland a-lá-Großmacht fehlte also eine sichere ökonomische Stütze.

**Tabelle 2: Gesamtes Industriepotenzial der Mächte im Vergleich 1880-1938
(Großbritannien: 1900 = 100)**

	1880	1900	1913	1928	1938
Großbritannien	73,3	(100)	127,2	135	181
Vereinigte Staaten	46,9	127,8	298,1	533	528
Deutschland	27,4	71,2	137,7	158	214
Frankreich	25,1	36,8	57,3	82	74
Rußland	24,5	47,5	76,6	72	152
Österreich-Ungarn	14	25,6	40,7	-	-
Italien	8,1	13,6	22,5	37	46
Japan	7,6	13	25,1	45	88

Quelle: Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt/Main: Fischer, 1994, S. 311.

Die wachsende soziale und politische Instabilität sowie die steigende wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes erforderten Modernisierungsreformen für die Überwindung der Rückständigkeit, wie auch die Senkung der Militärausgaben. Die wirtschaftliche Schwäche des zaristischen Russland trug zu dessen Niederlage im Krimkrieg 1854-56 und dem Russisch-Türkischen Krieg 1877/78, als die russische Armee gegnerischen Truppen nicht gewachsen war. Einem umsichtigen außenpolitischen Kurs stand dagegen die neue Finanz- und Industrieelite im Wege, die die ehrgeizigen Leitmotive der nationalistischen Ideologie eines „Groß-Russland“ unterstützte. Die imperialistischen Stimmen bekräftigten ehrgeizige Ansprüche auf die russische Beteiligung im imperialistischen Kampf der Großmächte um die Verteilung der wirtschaftlichen Räume sowie den politischen Einfluss, und zwangen die Regierung, eine expansionistische Außenpolitik zu betreiben. Solche Bestrebungen rissen Russland in den Krieg mit Japan (1904-1905) sowie 1906 in den *Triple-Entente* mit England und Frankreich mit den schwerwiegenden Folgen seiner Einbeziehung in den ersten Weltkrieg.

Erfolglos strebte das zaristische Russland danach, eine vollwertige europäische Großmacht zu werden – dafür fehlte es an Finanzmitteln. Der russische Staat konnte die Entwicklung seiner

wirtschaftlichen Potenziale nicht durch direkte Steuern finanzieren, sondern war auf die zu erhebenden Zollsteuern angewiesen. In Kriegszeiten wurden die Zolleinnahmen aufgrund der Handelsstörungen erheblich gesenkt und die militärische Mobilisierung durch Notenpresse finanziert.⁴ Deswegen konnte das Land nicht als kriegsfähige Großmacht bezeichnet werden, da der russische Fiskus auf die Einbeziehung des Landes in die militärischen Auseinandersetzungen nicht vorbereitet war. Der damit zusammenhängende Bedarf an ausländischen Krediten führte das zaristische Russland in eine sowohl politische als auch finanzielle Abhängigkeit von europäischen Großmächten. Die von der russischen Regierung in den 1890er Jahren bewilligte Konversion der russischen Anleihen⁵, die den Übergang vom deutschen auf den französischen Geldmarkt ermöglichte, baute ein finanzielles Fundament unter das Gebäude des Bündnisses Russlands mit Frankreich und später mit der anglo-französischen Entente.⁶ Französische Darlehen dienten vor dem ersten Weltkrieg „zur Verbesserung der russischen offensiven Kapazitäten“⁷ und wurden für den Eisenbahnbau vom zentralen Teil Russlands zu seinen westlichen Grenzen mit dem Ziel der schnellen Verlegung der russischen Armee im Falle eines Krieges mit Deutschland herangezogen. Die Militäranleihen 1914-1917 banden Russland an die Alliierten und kräftigten die ehemals unzulängliche wirtschaftliche Potenz für die militärische Mobilisierung Russlands.⁸

Die erheblich geschwächte Kreditwürdigkeit des neuen Regimes nach der Oktoberrevolution 1917 und der Verfall des Landes in politisches Chaos durch den Ausbruch des Bürgerkrieges

⁴ John M. Hobson: *The Wealth of States. A Comparative Sociology of International Economic and Political Change*, Cambridge: Cambridge University Press, 1997, hier S. 263f.

⁵ Die staatliche Verschuldung betrug im Jahre 1900 4 Mrd., 1913-5,6 Mrd, nach dem 1. Weltkrieg 7,25 Mrd. Rubel. (V. A. Emez/A. V. Ignatév/Ju. F. Subbotin: *Rossija na mirovoj arene na rubeže stoletij*, in: V. A. Emez u. a. (Hg.): *Istorija vnešnej politiki Rossii, Konec XIX-Načalo XX veka*, Moskva: *Meždunarodnye otnošenija*, 1999, S. 9-49, hier S. 37.)

⁶ Ju. B. Solovov: *Franko-russkij sojuz v ego finansovom aspekte*, in: *Franzuskij ežegodnik*, Moskva, 1961, S. 163.

⁷ Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt/Main: Fischer, 1994, S. 365.

⁸ V. A. Emez/A. V. Ignatév/Ju. F. Subbotin: *Rossija na mirovoj arene na rubeže stoletij*, in: V. A. Emez u. a. (Hg.): *Istorija vnešnej politiki Rossii, Konec XIX-Načalo XX veka*, Moskva: *Meždunarodnye otnošenija*, 1999, S. 9-49, hier S. 37f.

trieben Russland in die politische und wirtschaftliche Isolation. Ungeachtet der Agrarkrise und erschöpfter industrieller Reserven setzte die neue Macht auf eine „verteidigungsorientierte“ Wirtschaftspolitik im Rahmen des sogenannten Kriegskommunismus (1918-1920).⁹ Die Situation verschlechterte sich mit der Einführung des Dekrets der ersten sowjetischen Regierung über das staatliche Monopol auf den Außenhandel, der eine sozialistische wirtschaftliche Strategie und die Priorität der zentralistischen Planwirtschaft festsetzte. Mit der eigenmächtigen Annulierung der Staatsschulden kapselten die Bolschewisten das neue Russland endgültig vom Weltfinanz- und Handelssystem ab.

Seit Anfang der 1920er Jahre wurde der Prozess der Militarisierung des Landes beschleunigt, indem die Volkswirtschaft den Aufgaben des militärischen Aufbaus maßgeblich untergeordnet wurde. Die Industrialisierungspolitik Stalins in den 1930er Jahren, die sich primär gegen die von den „imperialistischen“ Staaten ausgegangene Bedrohung richtete, trug wesentlich zum kriegswirtschaftlichen Aufbau des Staates bei.¹⁰ In den Direktiven des 15. Parteitagess wurde für den Entwurf des ersten Fünfjahresplans (1929-33) folgendes empfohlen: „Unter Berücksichtigung eines möglichen Militärangriffs vonseiten der kapitalistischen Staaten auf den Proletariatsstaat ist es erforderlich, bei Bearbeitung des Fünfjahresplans der schnellsten Entwicklung aller Bereiche der Volkswirtschaft insgesamt und insbesondere der Industrie eine maximale Aufmerksamkeit zu widmen, die primär den Zielen der Verteidigungskraft und der Wirtschaftsstabilität des Landes in der Kriegszeit dienen.“¹¹ Mit der Reichweite der Repressivmaßnahmen entstand das GULAG-Netz, in dem die Zwangsarbeit von Millionen von Häftlingen für den Aufbau der modernen Rüstungsindustrie ausgenutzt wurde.

⁹ Hierzu grundlegend A. N. Lagovskij: V. I. Lenin ob ěkonomičeskom obespečenii oborony strany, Moskva, 1976, S. 69-116; A. I. Požarov: ěkonomičeskie osnovy oboronogo moguščestva socialističeskogo gosudarstva, Moskva, 1981, S. 40-43; Clifford G. Daddly: The Price of the Past: Russia's Struggle with the Legacy of a Militarized Economy, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 1996.

¹⁰ Hierzu grundlegend M. Harrison: Soviet Planning in Peace and War 1938-1945, Cambridge, 1985; J. Sapir: Logik der sowjetischen Ökonomie oder die permanente Kriegswirtschaft, Münster: LitVerlag, 1992; Gerard Holden: Russia After the Cold War. History and the Nation in Post-Soviet Security Politics, Boulder: Westview Press, 1994.

¹¹ O. V. Daines: Voennaja strategija meždu graždanskoj i velikoj otečestvennoj vojnami, in: V. A. Zolotarjov (Hg.): Istorija voennoj strategii Rossii, Moskva: Kučkovo Pole, 2000, S. 191-254, hier S. 203.

Wahrscheinlich eine der fehlerhaftesten stalinistischen Taktiken, die wirtschaftliche und politische Faktoren zusammenführte, war die Stärkung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1939-1941. In der Forschung geht man davon aus, dass nicht allein politisch-strategische, sondern auch wirtschaftliche Kriterien von maßgebender Bedeutung für die Annäherung der beiden Staaten waren. Stalins Entscheidung zielte darauf ab, durch wirtschaftliche Interdependenz mit Hitler-Deutschland den militärischen Angriff von der Sowjetunion abzuwenden bzw. aufzuschieben. Bezeichnenderweise fand die Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts zwischen Moskau und Berlin am 23. August 1939 erst vier Tage nach der Unterzeichnung eines deutsch-sowjetischen Kreditabkommens statt.¹²

Nach dem Zweiten Weltkrieg lehnte es Stalin ab, das Land zum integrierten Teil der neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu machen, und setzte den Kurs der wirtschaftlichen und politischen Autarkie fort. Die ersten Fälle, in denen wirtschaftliche Sanktionen als politisches Druckmittel von der Sowjetunion eingesetzt wurden, waren das sowjetische Export-Embargo für Chrom und Mangan in die westlichen kapitalistischen Staaten im Jahre 1949 und die Berliner Blockade 1948-49.¹³ Die „*Sowjetisierung Osteuropas*“¹⁴ nach dem Weltkriegsende und eine unanfechtbare politische sowie ökonomische Kontrolle der sowjetischen Hegemonialmacht über die Länder Ost- und Mitteleuropas, stellten für Handelsaktivitäten mit dem Westen jedoch kein Hindernis dar, solange sie politisch auf das sozialistische System nicht destabilisierend wirkten.¹⁵ Die Sowjetunion vereinte die osteuropäischen Staaten durch den Ausbau militärischer und wirtschaftlicher Allianzstrukturen wie Warschauer Pakt und **Rat**

¹² Vgl. hierzu Heinrich Schwendemann: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941, Berlin: Akademie, 1993.

¹³ Hanns W. Maull: Strategische Rohstoffe: Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit des Westens, München: R. Oldenburg für das Forschungsinstitut der DGAP, 1988, S. 188.

¹⁴ Begriff von Othmar Nikola Haberl: Stalinismus in Osteuropa – zu einigen sozioökonomischen Indikatoren, in: Antonio und Robert Maier (Hg.): Die Sowjetunion im Zeichen des Sozialismus, Köln: Wissenschaft und Politik, 1991, S. 153-174, hier S. 158.

¹⁵ Rowland Maddock: The Global Political Economy, in: John Baylis/N. J. Rengger (Hg.): Dilemmas of World Politics. International Issues in a Changing World, Oxford: Clarendon Press, 1992, S. 107-129, hier S. 119.

für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die von Stalin als Gegengewicht zum Marshall-Plan angekündigt wurden und die Volkswirtschaften des Ostblocks verflochte, um ihre Abhängigkeit vom globalen Kapitalismus zu reduzieren.¹⁶

In der Nachkriegszeit waren die ost-westlichen Handelsbeziehungen aufgrund der ideologischen und sicherheitspolitischen Erwägungen von der herkömmlichen Praxis des Weltmarkts eingeschränkt.¹⁷ Der Angst der Sowjetunion vor der Abhängigkeit vom Westen durch aufgenommene wirtschaftliche Beziehungen war eine der Ursachen dafür. Aus diesem Grunde lehnte die Sowjetunion trotz ihrer Teilnahme an der Bretton Woods-Konferenz, bei welcher der Internationale Währungsfond und die Weltbank ins Leben gerufen wurden, eine künftige Mitarbeit in diesen Institutionen ab. Jörg Boltersdorf hat aufgrund der Analyse der Ost-West-Handelstatistiken herausgestellt, dass die Sowjetunion selbst in der Periode der stärksten wirtschaftlichen Kooperation in keinem Bereich auf den Westen absolut angewiesen war, was jede mögliche politische Einflussausübung seitens der kapitalistischen Staaten unmöglich machen sollte.¹⁸ Die außenwirtschaftliche Abhängigkeit der Sowjetunion war dadurch begrenzt, dass erstens die Importquote einen geschätzten Anteil am Sozialprodukt von zehn Prozent nicht überschritt und zweitens der Außenhandel zu rund zwei Dritteln mit den RGW- und Entwicklungsländern abgewickelt wurde.¹⁹

Die Öffnungspolitik der Chruščovschen Sowjetunion gegenüber den westkapitalistischen ideologischen Gegnern ist auf die erforderliche Einbeziehung der außenwirtschaftlichen

¹⁶ Beverly Crawford: Hawks, Doves, but no Owls: International Economic Interdependence and Construction of the New Security Dilemma, in: Ronnie D. Lipschutz (Hg.): On Security, NY: Columbia University Press, 1995, S. 149-187, hier S. 165.

¹⁷ John P. Hardt: Changing Perspectives Toward the Normalization of East-West Commerce, in: Gary K. Bertsch (Hg.): Controlling East-West Trade and Technology Transfer. Power, Politics and Policies, Durham: Duke University Press, 1988, S. 347-368, hier S. 348.

¹⁸ Siehe hierzu Jörg Boltersdorf: Die Grenzen von Wirtschaftsmacht. Die Exportkontrollpolitik der USA gegenüber der UdSSR in den achtziger Jahren, Berlin: Quorum, 1989, S. 53-104.

¹⁹ Jürgen Nötzold/Werner Beitel: Die Bedeutung des Technologietransfers in den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion, in: Europa-Archiv, Folge 2, 1983, S. 45-52, hier S. 50.

Kontakte für die Lösung innenwirtschaftlicher Probleme sowie auf den von ihm erwarteten Beitrag der Entstalinisierungspolitik (1953-59) zurückzuführen. Die Notwendigkeit der innenpolitischen und wirtschaftlichen Reformen machte die Formulierung einer Außenpolitik der Entspannung unentbehrlich.²⁰

Der entstandene wirtschaftliche Engpass²¹ zwang die sowjetische Regierung seit den 1970er Jahren Außenwirtschaftskontakte mit ideologischen Gegnern zu knüpfen²²:

„Their [the Soviet leadership] solution was a compromise: at home, an intensification of ideological discipline, abroad, an intimate economic cooperation with the Soviet Union’s cold war adversary, the United States, and with its former enemies, Germany and Japan.“²³

Die Teilnahme der Sowjetunion an der Weltwirtschaft bezog sich primär auf den Rohstoff-Export und den Import von Agrarprodukten, Maschinen, Technologien und Finanzkapital.²⁴ Der Rohstoffexport für die Sowjetunion diente der Erwirtschaftung von Devisen für die Bezahlung des Konsumgüterimports.²⁵ Einer der Gründe der von der Sowjetunion

²⁰ Alex Pravda: Linkages Between Soviet Domestic and Foreign Policy under Gorbachev, in: Erik Hoffmann: Introduction, in: Frederic J. Fleron/Erik P. Hoffmann/Robbin F. Laird (Hg.): Contemporary Issues in Soviet Foreign Policy. From Brezhnev to Gorbachev, NY: Aldine de Gruyter, 1991, S. 424-443, hier S. 425.

²¹ Darüber informiert Severyn Bialer: The Soviet Paradox: External Expansion, Internal Decline, NY: Vintage Books, 1987.

²² Einen guten Überblick über die Ost-West-Handelsbeziehungen bieten Philip Hanson: Trade and Technology in Soviet-Western Relations, London: Macmillan, 1981; Harry Gelman (Hg.): The Future of Soviet Policy Toward Western Europe, Santa Monica: RAND, 1985; Akio Kowato: The Soviet Union: A Player in the World Economy?, in: Frederic J. Fleron/Erik P. Hoffmann/Robbin F. Laird (Hg.): Contemporary Issues in Soviet Foreign Policy. From Brezhnev to Gorbachev, NY: Aldine de Gruyter, 1991, S. 559-573.

²³ Robin Edmonds: Soviet Foreign Policy. The Brezhnev Years, Oxford: Oxford University Press, 1983, S. 85.

²⁴ Eine ausführliche Darstellung findet sich in: Robert V. Roosa/Michiya Matsukawa/Armin Gutowski (Hg.): Ost-West-Handel am Scheideweg, Hamburg: Weltarchiv, 1983, S. 57-125.

²⁵ Dazu: Friedemann Müller: Direktwirkungen in Kernbereichen: Energie, in: Friedemann Müller (Hg.): Wirtschaftssanktionen im Ost-West-Verhältnis. Rahmenbedingungen und Modalität, Baden-Baden: Nomos, 1983, S. 170-179; Hendrik Roodbeen: East-West Cooperation in the Field of Energy, in: Osteuropa-Wirtschaft, 1/1990, S. 34-47.

angestrebten Ausweitung der Handelsbeziehungen mit den westeuropäischen Staaten war die Modernisierung des militärindustriellen Komplexes mit westlichen Technologien und Krediten.²⁶ So war die verfolgte Strategie des Ausgleiches innerer wirtschaftlicher Misserfolge auf eine Beteiligung an der globalen Wirtschaft ausgerichtet.

Die unter Brežnev verfolgte Politik der Stärkung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen wurde jedoch ohne fundamentale Änderung der außen- und sicherheitspolitischen Richtlinien vorgenommen. Westliche Investitionen und die Erweiterung des Export-Import-Umtausches übten keinen Einfluss auf die Umgestaltung eines Konfrontationsverhaltens der Sowjetunion aus, wie im Fall des Einzugs der sowjetischen Truppen in Afghanistan 1979 oder während der Polen-Krise 1980/81.

Das positive Kennzeichen der sowjetischen Öffnungspolitik beim Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen war die Animation der multilateralen Sicherheitsaktivitäten (z. B. **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**, *Mutual Balanced Force*-Verhandlungen) seit Anfang der 1970er Jahre.²⁷ Aber sogar der Ausbau der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*OECD*) mit ihrem Ziel der Stärkung der wirtschaftlichen Kooperation zwischen Ost und West übte nur einen beschränkten Effekt auf das internationale Auftreten der Sowjetunion aus. Die Sowjetunion schenkte dieser Struktur der Erhaltung der friedlichen Parität zwischen den ideologischen Gegnern wenig Beachtung. Der eingesetzte wirtschaftliche Kooperationsprozess stieß

²⁶ Vgl. hierzu besonders Aufsätze von Jürgen Nötzold/Werner Beitel: Technologietransfer, in: Friedemann Müller (Hg.): *Wirtschaftsaktionen im Ost-West-Verhältnis. Rahmenbedingungen und Modalitäten*, Baden-Baden: Nomos, 1983, S. 155-170; J. M. Cooper: *Western Technology and the Soviet Defense Industry*, in: B. Parrot (Hg.): *Trade, Technology, and Soviet-American Relations*, Bloomington: Indiana University Press, 1985, S. 169-202; Charles M. Perry/Robert L. Pfaltzgraff (Hg.): *Selling the Rope to Hang Capitalism? The Debate on West-East Trade & Technology Transfer*, Washington, D.C.: Pergamon-Brassey's, 1987; Gary K. Bertsch (Hg.): *Controlling East-West Trade and Technology Transfer. Power, Politics, and Policies*, Durham: Duke University Press, 1988; Reimund Seidelman: *Die Außenpolitik der Sowjetunion*, in: Wichard Woyke (Hg.): *Netzwerk Weltpolitik. Großmächte, Mittelmächte und Regionen und ihre Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, Opladen: Leske+Budrich, 1989, S. 129-164.

²⁷ BIOst (Hg.): *Sowjetunion 1974/75: Innenpolitik, Wirtschaft, Außenpolitik. Analyse und Bilanz*, München: Carl Hanser, 1975, S. 134.

gelegentlich auf politische Schranken, wie z. B. die der Ablehnung des sowjetisch-amerikanischen Handelsvertrages durch die UdSSR in den 1970er Jahren aus politischen Gründen.²⁸ Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Öffnung der Sowjetunion für den Erhalt bzw. die Stabilisierung der Ideologie unausweichlich wurde.²⁹ In der Sowjetunion war das Format der staatlichen Militärstärke nicht von der Potenz der Volkswirtschaft abhängig. Im Gegenteil waren die Kapazitäten aller volkswirtschaftlichen Branchen grundlegend für die Aufrechterhaltung von Militärmacht eingesetzt. Die sowjetische Volkswirtschaft gestaltete ein perfektes System des Unterhalts der staatlichen Wirtschaftskapazität im Dienste der Verteidigungspolitik: gebunden waren alle Strukturelemente der Volkswirtschaft in den Dienst der enormen Rüstungsprogramme gestellt. Die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft wurde immer mehr zugunsten der Interessen der Militärstrategie eingesetzt, während der militärindustrielle Komplex in der sowjetischen Volkswirtschaft kontinuierlich schwerer ins Gewicht fiel. Nur dank der äußersten Beschränkungen der sozialen Assignationen ist es gelungen, das verstärkte Wettrüsten und das Militärgleichgewicht mit den Gegnern aufrecht zu halten. Nach inoffiziellen Berechnungen russischer Ökonomen beliefen sich die militärischen Ausgaben in den 1980er Jahren auf 20-25% des Bruttosozialprodukts, die Verteidigungsproduktion beanspruchte 40% des Budgets und stellte

²⁸ Ebd., S. 89f.

²⁹ In dieser Richtung argumentieren auch Gerda Zellentin: Außenpolitik und Ökonomie Kommunistischer Staaten, in: Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 1, 1969: Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, S. 164-204; Alexander L. George: The ‚Operational Code‘: A Neglected Approach to the Study of Political Leaders and Decision-Making, in: Erik P. Hoffmann/Frederic J. Fleron, Jr. (Hg.): The Conduct of Soviet Foreign Policy, Chicago: Aldine-Atherton, 1971, S. 165-190; Stephen Blank: Paying for Lenin’s Illusions: The Economic Dimension of Soviet Foreign Policies, in: Comparative Strategy, 10/1991, S. 365-392.

60% der Gesamtproduktion.³⁰

Im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess der Sowjetunion wurde eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen entwickelt, die geeignet waren, die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den Ost-West-Handelsbeziehungen zu vermeiden und den Schaden durch die Handelsrestriktionen des Westens zu begrenzen. So konnte zwar ein Technologieembargo die Sowjetunion in einzelnen ziviltechnologischen Bereichen treffen, sich aber auf den rüstungstechnologischen Bereich nicht auswirken.³¹ Da nur ein Drittel des Außenhandels der UdSSR auf die westlichen Industrieländer entfiel, konnten Handelsembargos keinen Effekt auf das außenpolitische Verhalten der Sowjetunion haben, da kein bedeutender wirtschaftlicher Schaden angerichtet werden konnte. Die Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen des Westens gegenüber der Sowjetunion hatten auf sowjetische Machtanstreben keine Wirkung und konnten auch die Sowjetunion durch Handelsausweitung politisch dem Westen nicht anschließen. Erfolgreiche Maßnahmen waren das amerikanische Getreide-Embargo von 1980 oder das Erdgas-Röhren-Embargo von 1982

³⁰ Folgende Untersuchungen erfassen den militärwirtschaftlichen Faktor in der sowjetischen Politik und machen die Interdependenz des sicherheitspolitischen Konzepts der Rüstungspolitik, der Wirtschaftsentwicklung und der außenpolitischen Krise sichtbar: Franz Walter: Verteidigungsausgaben der UdSSR: Dimensionen und Entwicklungstendenzen, in: Hannes Adomeit/Hans-Hermann Höhmann/Günther Wagenlehner (Hg.): Die Sowjetunion als Militärmacht, Stuttgart: Kohlhammer, 1987, S. 134-157; Franklin D. Holzman: Politics and Guesswork: CIA and DIA Estimates of Soviet Military Spending, in: International Security, Vol.14, No.2, Fall 1989, S. 101-131; Alex Pravda: Linkages Between Soviet Domestic and Foreign Policy Under Gorbachev, in: Erik Hoffmann: Introduction, in: Frederic J. Florn/Erik P. Hoffmann/Robbin F. Laird (Hg.): Contemporary Issues in Soviet Foreign Policy. From Brezhnev to Gorbachev, NY: Aldine de Gruyter, 1991, S. 424-443; Hans-Henning Schröder: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen „Stagnation“ und „Perestrojka“, Baden-Baden: Nomos, 1995; Gerhard Simon: Das Ende der Sowjetunion. Ursachen und Zusammenhänge, in: Außenpolitik, I/1996, S. 9-21; Roland Götz: Optionen der russischen Sicherheitspolitik und ihr Preis, in: Außenpolitik, III/1996, S. 255-263; Alexei G. Arbatov: Military Reform in Russia. Dilemmas, Obstacles, and Prospects, in: International Security, Vol.22, No.4, Spring 1998, S. 83-134; Stephen J. Blank: Reform and the Revolution in Russian Defense Economics, Carlisle Barracks: SSI, 1995; Dmitri Trenin: Russia: Foreign Policy and Security, in: Ustina Markus/Daniel N. Nelson: Eurasian and East European Security Yearbook, Washington, D.C.: Brassey's, 2000, S. 323-337.

³¹ Jürgen Nötzold/Werner Beitel: Die Bedeutung des Technologietransfers in den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion, in: Europa-Archiv, Folge 2, 1983, S. 45-52, hier S. 51.

als Reaktion auf den Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan.³²

Die Geschichte der sowjetischen Außenpolitik liefert zahlreiche Nachweise des Einsatzes der Militärhilfe als politisches Instrument³³: in den 1920-1950er Jahren als Mittel der Eindämmung der Westmächte und Japans an der asiatischen Peripherie Sowjetrusslands und seit Mitte der 1960er Jahre bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion als Instrument der Einengung des Einflusses des Westens und der VR China in der Dritten Welt.³⁴ Militärhilfe und Rüstungsexporte in Entwicklungsländer wurden als wichtige wirtschaftliche Determinante der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt und sollten zur Ausweitung der politischen Einflussphäre der Sowjetunion beitragen. In die Strategie sowjetischer Militärhilfepolitik wurden folgende politische Wirkungsbereiche einbezogen: Militärhilfe als Instrument der Großmachtpolitik sowie des Konkurrenzkampfes mit den USA und der VR China, als Einflussnahme auf die Empfängerländer sowie als Vorleistung für das

³² Zu Sanktionen für die Durchsetzung der politischen Ziele seitens des Westens siehe D. Yergin: *Strategies of Linkage in Soviet-American Relations*. U.S. Department of State/Russian Research Center der Harvard University 1977; *East-West Trade. An End to Business as Usual*, in: *The Economist* May 22, 1982, S. 55-73; Friedemann Müller (Hg.): *Wirtschaftsaktionen im Ost-West-Verhältnis. Rahmenbedingungen und Modalitäten*, Baden-Baden: Nomos, 1983; Friedemann Müller: *Eastern Europe's Economic Prospects and the Future of East-West-Trade*, in: Harry Gelman (Hg.): *The Future of Soviet Policy Toward Western Europe*, Santa Monica: RAND, 1985, S. 117-136.

³³ Mehr hinzu: S. S. Kaplan: *Diplomacy of Power: Soviet Armed Forces As a Political Instrument*, Washington, D.C.: Brookings Institution 1981; R. E. Kanet: *Soviet Military Assistance to the Third World*, in: J. F. Copper/D. S. Papp (Hg.): *Communist Nations's Military Assistance*, Boulder, Col.: Westview Press, 1983.

³⁴ Mehr darüber vgl. M. Z. Getmanec: *Soveckij sojuz i strany azii i afriki: očerk ěkonomičeskogo i tehničeskogo sotrudničestva*, Moskva, 1977; S. S. Kaplan: *Diplomacy of Power: Soviet Armed Forces as a Political Instrument*, Washington, D.C.: Brookings Institution, 1981; R. E. Kanet: *Soviet Military Assistance to the Third World*, in: J. F. Copper/D. S. Papp (Hg.): *Communist Nations's Military Assistance*, Boulder: Westview Press, 1983; Edward Boehm: *Das wirtschaftliche Engagement der Sowjetunion in Asien: Afghanistan, Indien, Iran, Pakistan und Türkei*, Hamburg: Weltarchiv, 1983; Joachim Krause: *Sowjetische Militärhilfepolitik gegenüber Entwicklungsländern*, Baden-Baden: Nomos, 1985; Yuriy Kirshin: *Conventional Arms Transfers During the Soviet Period*, in: Ian Anthony (Hg.): *Russia and the Arms Trade*, Oxford: Oxford University Press, 1989, S. 38-71; Warren Phillips/Linda Racioppi: *Soviet and Russian Arms Transfers and Relations with the Third World: Legacy and Prospects*, in: Norman A. Graham (Hg.): *Seeking Security and Development. The Impact of Military Spending and Arms Transfers*, Boulder: Lynne Rienner, 1994, S. 79-100.

Recht auf die Einrichtung der sowjetischen Militärbasen.³⁵ Obwohl der Waffenexport ein wichtiger Bestandteil des sowjetischen Außenhandels war, erwies er sich keinesfalls als profitabel.³⁶ Sowohl die Produktion als auch der Absatz waren höchst zentralisiert, daher waren die Betriebe der Rüstungsindustrie nicht direkt an der profitbringenden Kundensegmentierung beteiligt. Der Waffenexport zum Ziel der Deviseneinnahmen wurde nur bei den Geschäften mit erdölproduzierenden Staaten des Mittleren und Nahen Ostens eingesetzt. Erst neben der neuen Orientierung der Außenpolitik unter Gorbačov verlief der Prozess der Entpolitisierung des Waffenhandels und der Intensivierung primärer kommerzieller Interessen.

Die militärische Führung genoss im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess der Sowjetunion eine Sonderstellung und das Recht, in der Frage der volkswirtschaftlichen Entwicklung ihre Prioritäten einzusetzen. Das konservative russische Militär war allerdings der allererste Befürworter der technologischen und volkswirtschaftlichen Modernisierung, wenn diese die Intensivierung der militärischen Entwicklung des Staates betraf. Schon in den späteren Jahren der Brežnev-Ära wuchs das Verständnis dafür, dass eine dynamischere und innovativere Wirtschaft für die Erzeugung der fortgeschrittenen Technologien und für die Unterstützung der Parität mit den Vereinigten Staaten in qualitativer eher als traditionell quantitativer Sicht unentbehrlich war.³⁷

³⁵ In dieser Richtung argumentieren auch Michael Brzoska: Rüstung in der Dritten Welt, in: Rudolf Hamann (Hg.): Die „Süddimension“ des Ost-West-Konfliktes. Das Engagement der Supermächte in Krisen und Kriegen der Dritten Welt, Baden-Baden: Nomos, 1986, S. 31-54; Mark M. Kramer: Soviet Arms Transfers and Military Aid to the Third World, in: Kurt M. Campbell/S. Neil MacFarlane (Hg.): Gorbachev's Third World Dilemmas, London: Routledge, 1989, S. 66-109; Kunihiko Imai: Strategic Tools of Influencing Third World Attitudes: The Case of Soviet-U.S. Rivalry, in: Comparative Strategy, 11/1992, S. 409-430.

³⁶ Zur Stellung der Rüstungswirtschaft im Rahmen der Gesamtökonomie der UdSSR siehe Peter Almquist: Red Forge. Soviet Military Industry Since 1965, NY: Columbia University Press, 1990; Hans-Henning Schröder: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen „Stagnation“ und „Perestrojka“. Baden-Baden: Nomos, 1995.

³⁷ Vgl. Alex Pravda: Linkages Between Soviet Domestic and Foreign Policy under Gorbachev, in: Erik Hoffmann: Introduction, in: Frederic J. Floron/Erik P. Hoffmann/Robbin F. Laird (Hg.): Contemporary Issues in Soviet Foreign Policy. From Brezhnev to Gorbachev, NY: Aldine de Gruyter, 1991, S. 424-443, hier S. 427; vgl. auch Lectures from the Voroshilov General Staff Academy, in: The Journal of Soviet Military Studies, Vol.1, No.1, April 1988, S. 29-54, insbes. S. 34-35.

Einige sowjetische Militärtheoretiker widmeten dem Problem der großen Belastung der sowjetischen Wirtschaftskapazitäten im Falle eines Krieges große Aufmerksamkeit und wiesen auf die Notwendigkeit der Vorplanung der Umstrukturierung der Zivilwirtschaft auf Bedürfnisse des Krieges hin. Boris M. Šapošnikov trat in seinem Buch „Mozg armii“ („Gehirn der Armee“) 1927 für die Ausarbeitung der Militärstrategie entsprechend den wirtschaftlichen Ressourcen des Staates ein.³⁸ Der sowjetische Militärtheoretiker und Pädagoge Alexander A. Svečin verband in seiner „Strategija“ (1927) Ansätze über den Charakter künftiger Kriege mit wirtschaftlich-geographischen Faktoren: er betonte die Unumgänglichkeit der Besetzung eines Teiles der Sowjetunion durch den Gegner im Falle einer Aggression vom Westen und in diesem Zusammenhang die Bedeutung der militärstrategischen Überlegungen beim Bau neuer Industrieobjekte im Osten der UdSSR.³⁹ Lagovskij richtete in seinem Buch „Strategija i ekonomika“ („Strategie und Wirtschaft“) 1957 die Aufmerksamkeit auf die Probleme der Mobilisierung der sowjetischen Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges. Seiner Meinung nach sei daraus die Lehre zu ziehen, dass ein Militärerfolg in jedem Krieg mit der Entwicklung wirtschaftlicher Potenziale in der Friedenszeit zusammenhängt.⁴⁰ Das 1981 veröffentlichte Buch „Wirtschaftliche Grundlagen von der Militärmacht in einem sozialistischen Staat“ von Alexandr Pozanov lieferte eine neue Option für das sowjetische Militärdenken über die Mobilisierungsfähigkeit für die Einstellung von der Friedenszeitwirtschaft zur Kriegswirtschaft als wichtige Potenzzeichen des Staates.⁴¹

Die Ineffizienz der sowjetischen Planwirtschaft, ihre Abgeschlossenheit vom Welthandel, zusätzliche Belastung durch Unterstützung der Staaten der Dritten Welt und der Staaten des

³⁸ Vgl. Boris Šapošnikov: *Mosg armii*, in: *Voennyj vestnik*, Vol.1, No.1, 1927. Zur analytische Darstellung siehe Yitzhak Klein: *The Sources of Soviet Strategic Culture*, in: *The Journal of Soviet Military Studies*, Vol.2, No.4, December 1989, S. 453-489.

³⁹ Andreij A. Kokošin: *Armija i politika. Sovetskaja voenno-političeskaja i voenno-strategičeskaja mysl'*, 1918-1991, Moskva: *Meždunarodnye otnošenija*, 1995, S. 84f.

⁴⁰ Clifford G. Daddly: *The Price of the Past: Russia's Struggle with the Legacy of a Militarized Economy*, Washington, D.C.: *Brookings Institution Press*, 1996, S. 34.

⁴¹ Ebd., S. 45.

sozialistischen Blocks sowie große Rüstungsausgaben haben zum Zusammenbruch der Sowjetunion beigetragen. Gegenwärtige Analysen lassen vermuten, dass die Sowjetunion viel ärmer und technologisch rückständiger war, als zugängliche Statistiken angeben.⁴² Ein direkter Leistungsvergleich der sowjetischen Planwirtschaft mit westlichen Volkswirtschaften wurde durch die qualitativen Unterschiede zwischen den Wirtschaftssystemen und den in ihnen verwendeten statistischen Konventionen erschwert.⁴³ Treffend formulierte Paul Kennedy:

*„Die effektive Stärke des Landes zu messen, war für westliche Beobachter im 18. Jahrhundert ein Problem, und das ist es heute noch. Dies wurde immer durch die Knappheit an zuverlässigen, vergleichenden Daten, durch die Unterschiede zwischen dem, was die Russen Ausländern sagten, und dem, was sie sich selbst eingestanden, und durch die Gefahr, sich auf generalisierende subjektive Aussagen statt auf objektive Fakten zu berufen, kompliziert“.*⁴⁴

Die Umsetzung der ideologischen Prioritäten der Außen- und Sicherheitspolitik auf erforderliche innere wirtschaftliche Entwicklungsfaktoren schuf seit dem Machtantritt von Michail Gorbachov im März 1985 die Bedingungen für die „Politik des Neuen Denkens“ bei der Reduzierung der Lasten der Verteidigungsausgaben, der Erleichterung der Integration der UdSSR in die Weltwirtschaft sowie der Sicherung von einer friedlichen und stabilen Umwelt.⁴⁵ Mit dem Abbau der ideologischen Konfrontation und der Beendigung des

⁴² Für detaillierte Auflistung von Nachweisen vgl. Michael Ellman/Vladimir Kontorovich (Hg.): *The Desintegration of the Soviet Economic System*, NY: Routledge, 1992; Ebd.: *The Destruction of the Soviet Economic System: An Insider's History*, NY: M.E.Sharpe, 1998.

⁴³ Siehe hierzu auch Jan Winiecki: *The Distorted World of Soviet-Type Economies*, London: Routledge, 1988.

⁴⁴ Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt/Main: Fischer, 1994, S. 355.

⁴⁵ Dazu: *Materialy plenuma central'nogo komiteta KPSS*, 25.-26. Juni 1987, Moskva: Politizdat, 1987, S. 58; Cynthia Roberts: *The New Realism and the Old Rigidities: Gorbachev's Strategy in Perspective*, in: *The Washington Quarterly*, Vol.11, No.3, Summer 1988, S. 213-226; Alex Pravda: *Linkages Between Soviet Domestic and Foreign Policy Under Gorbachev*, in: Erik Hoffmann: *Introduction*, in: Frederic J. Floron/Erik P. Hoffmann/Robbin F. Laird (Hg.): *Contemporary Issues in Soviet Foreign Policy. From Brezhnev to Gorbachev*, NY: Aldine de Gruyter, 1991, S. 424-443; Richard Stubbs/Geoffrey R. D. Underhill: *Political Economy and the Changing Global Order*, London: Macmillan, 1994, insbes. S. 378-399; Mike Bowker: *Russian Foreign Policy and the End of the Cold War*, Adlershot: Dartmouth, 1997.

Rüstungswettlaufs konnte Gorbačov den finanziellen Raum für den Umbau vom Wirtschafts- und Gesellschaftssystem schaffen.⁴⁶ Das war ein bis dahin ungewohnter Einsatz der außenpolitischen Strategie für die Reformierung der versagten sowjetischen Volkswirtschaft. Kennzeichnend war die Ansprache des Außenministers Eduard Ševardnadze im Jahre 1987 an führende Funktionäre des Außenministeriums:

„The time has come to „introduce economics“ into Soviet foreign policy for, until it merges completely with economics, it will not be able to assist in restructuring the Soviet internal economy and society in general and as a whole, which otherwise will not be able to participate on equal terms in the competitive political struggle for making its social and political model of development attractive.“⁴⁷

Die Geschichte des zaristischen Russland und der Sowjetunion zeigt, dass die Aufrechthaltung des Imperiums (Stärke der Streitkräfte, Kontrolle der Satellitenstaaten, Herbeiführung der Parität mit den strategischen Gegnern, Militärhilfe an die Dritte Welt) ein Wirtschaftsmodell zugrunde legte, das langfristig nicht funktionsfähig war, sowie eine Außenpolitik, die eine unerträgliche Belastung für die Volkswirtschaft des Landes darstellte. Der russische Machtstatus beruhte traditionell auf militärischen Potenzialen bzw. auf der Quantität der Streitkräfte, nicht aber der Basis der Volkswirtschaft. Politischer Einfluss wurde ausschließlich dank staatlicher Militärkapazitäten ausgeübt, die entweder von anderen Mächten ausgenutzt wurden (z.B. anglo-französische Entente im Ersten Weltkrieg) oder als Druckmittel für die Durchsetzung der eigenen Interessen (Bereithaltung des sozialistischen Blockes während der Ost-West-Konfrontation) eingesetzt wurden. Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist auf die zunehmenden Widersprüche zwischen der Wirtschaftskraft und der beanspruchten Supermachtposition zurückzuführen.

⁴⁶ Hans-Henning Schröder: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen „Stagnation“ und „Perestrojka“, Baden-Baden: Nomos, 1995, S. 69.

⁴⁷ FBIS, 30. October 1987, S. 50-53, zit. bei: Erik Hoffmann: Introduction, in: Frederic J. Floron/Erik P. Hoffmann/Robbin F. Laird (Hg.): Contemporary Issues in Soviet Foreign Policy. From Brezhnev to Gorbachev, NY: Aldine de Gruyter, 1991, S. 337-356, hier S. 351.